

"Deutsche Ratspräsidentschaft: Riesenaufgabe, aber lösbar"

Hans-Gert Pöttering, Präsident des Europäischen Parlaments während der letzten deutschen Ratspräsidentschaft 2007, erklärt:

Auch die deutsche Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 war eine große Herausforderung. Die EU war nach dem Scheitern des Verfassungsvertrages in Frankreich und den Niederlanden in einer tiefgreifenden Krise. Die "Berliner Erklärung" vom 25. März 2007, eine Erklärung der europäischen Institutionen - Rat, Parlament und Kommission - ebnete den Weg zum "Vertrag von Lissabon". Bundeskanzlerin Angela Merkel, damals Präsidentin des Europäischen Rates, hat sich dabei besonders verdient gemacht. Als erfahrenste(r) Regierungschef(in) kann sie auch heute zur Lösung der Probleme entscheidend beitragen.

In der deutschen Ratspräsidentschaft sollte deutlich bzw. erreicht werden:

- 1. Die EU ist eine Rechtsgemeinschaft. Das ist ihre größte Stärke. Die Rechtstreue ist ein hohes Gut, das es mit Entschlossenheit zu verteidigen gilt. Der Nationalismus darf nicht durch den Bruch europäischen Rechts, auch nicht durch die Hintertür nationaler Verfassungsgerichte, in die europäische Gegenwart und Zukunft zurückkehren. Rechtstreue ist die Grundlage für Vertrauen, Vertrauen die Grundlage für europäische Solidarität.
- 2. Eine Entscheidung bzw. ein Kompromiss über das 750-Milliarden-Programm zur Förderung der Zukunftsaufgaben des EU-Binnenmarktes wäre ein großer Erfolg. Die Bewältigung der Folgen der Corona-Krise ist nicht nur eine Frage der Wiedergewinnung der wirtschaftlichen Prosperität, es ist eine Frage der europäischen Selbstbehauptung und europäischen Solidarität, ohne die EU keine Zukunft hat.
- 3. Die Verständigung auf den EU-Finanzrahmen 2021-2027 muss ein Beitrag sein, die Souveränität Europas besser: der EU zu stärken. Man kann der EU nicht immer neue Aufgaben übertragen, ihr aber die dafür notwendigen Finanzmittel verweigern. Forschung und Entwicklung sowie die Förderung der Jugendprogramme wie ERASMUS müssen Priorität haben.
- 4. Neben Klimaschutz, Digitalisierung und Asylpolitik ist das Bemühen um eine gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik eine ständige Aufgabe mit dem Ziel einer "Armee der Europäer". Dazu gehört auch die Sicherung der strategischen Bereiche der europäischen Wirtschaft und Infrastruktur gegen einen "Ausverkauf" insbesondere an autoritäre und totalitäre Staaten (z.B. China).



5. Während der deutschen Ratspräsidentschaft wird die "Konferenz über die Zukunft Europas" eröffnet. Sie muss zu einem intensiven Dialog mit allen politischen Ebenen und den Bürgerinnen und Bürgern der EU werden. Als deren Ergebnis sollten Vertragsänderungen nicht ausgeschlossen werden. Dazu könnten u.a. gehören:

- Kompetenzen der EU beim Gesundheits- und Katastrophenschutz,
- Mehrheitsentscheidungen im Rat bei außenpolitischen Entscheidungen,
- Mehrheitsentscheidungen im Rat hinsichtlich europäischer Steuern (z.B. für digitale Unternehmen), auch um eine andauernde Verschuldung der EU zu verhindern bzw. einzugrenzen,
- Mitentscheidung des Europäischen Parlaments in allen Bereichen europäischer Gesetzgebung,
- Reform des europäischen Wettbewerbsrechts mit dem Ziel der Selbstbehauptung Europas.

Hans-Gert Pöttering,

Vorsitzender der VEE und Vorsitzender des Kuratoriums des Hauses der Europäischen Geschichte in Brüssel Ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments

Über die VEE

Dr. <u>Hans-Gert Pöttering</u> ist der derzeitige Präsident der Vereinigung ehemaligen Europaabgeordneten des Europäischen Parlaments. Er ist ein deutscher Politiker (CDU) und war das einzige Mitglied des Europäischen Parlaments, das von der ersten Direktwahl 1979 bis zum 1. Juli 2014 ununterbrochen im Amt war - mit 35 Jahren ununterbrochener Mitgliedschaft. Während seiner gesamten politischen Laufbahn hatte er zahlreiche Führungspositionen im EP und in der Europäischen Volkspartei inne. Von 2007 bis 2009 war er Präsident des Europäischen Parlaments. Er war Impulsgeber des Hauses der Europäischen Geschichte, das im Mai 2017 in Brüssel eröffnet wurde.

Die VEE ist an einer Vielzahl von Aktivitäten beteiligt, darunter Seminare, die Verbreitung von Informationen über das Europäische Parlament und die EU-Politik sowie die Förderung des politischen Dialogs und des Demokratieaufbaus. Darüber hinaus engagieren sich VEE-Mitglieder in Demokratieförderungs- und Wahlbeobachtungsmissionen und fördern die Zusammenarbeit mit Universitäten, indem sie freiwillig am <u>VEE Bildungsprogramm "EP to Campus"</u> teilnehmen.

Facebook: <u>EuroparlFMA</u>
Twitter: <u>Europarl_FMA</u>